

IHK Berlin | Fasanenstraße 85 | 10623 Berlin

An die Mitglieder des Abgeordnetenhauses

6. Oktober 2025

JA zur Ausbildung und NEIN zur Ausbildungsplatzumlage

Sehr geehrte Abgeordnete,

als Berliner Wirtschaft tragen wir Verantwortung für 1,8 Millionen Beschäftigte und 35.000 junge Menschen in der Ausbildung. Wir erwirtschaften Waren und Dienstleistungen im Wert von 207 Milliarden Euro und leisten beispielsweise über die Gewerbesteuer einen entscheidenden Beitrag zur Leistungsfähigkeit dieser Stadt. Mit diesen Mitteln werden Schulen finanziert, Sprachkurse angeboten und Straßen gebaut.

Ausbildung ist ein Generationenvertrag – sie gibt uns die Chance, junge Fachkräfte zu gewinnen und zu fördern. Sie ist Selbstverwirklichung sowie Aufstiegsversprechen. Nicht jedes Unternehmen in Berlin bildet aus, doch jedes Unternehmen leistet seinen gesellschaftlichen Beitrag. Die beiden Regierungsfractionen haben sich dazu entschieden, am 9. Oktober 2025 ein Gesetz in den parlamentarischen Prozess einzubringen, das diese Leistung nicht würdigt.

Die geplante Ausbildungsplatzumlage schreibt vor, wie viele Ausbildungsplätze die Berliner Wirtschaft anbieten „sollte“. Es geht dabei nicht mehr um den tatsächlichen Bedarf an Fachkräften, sondern um politische Vorgaben. Ein kleines Unternehmen, das trotz intensiver Bemühungen keine geeigneten Bewerbungen für seine Ausbildungsplätze erhalten hat. Ein Mittelständler, der sich dazu entschieden hat, seinen Fachkräftenachwuchs durch ein duales Studium zu sichern. Ein hochspezialisierter IT-Dienstleister, der vorrangig auf Spezialisten mit akademischer Ausbildung setzt. Sie alle tun dieser Stadt und ihren Beschäftigten gut – und dennoch werden diese Betriebe durch die Ausbildungsplatzumlage bestraft. Weil ein Gesetz, das mit Pauschalierungen, ungenauen Annahmen und unerfüllbaren Versprechen arbeitet, niemals der Vielfalt der Berliner Wirtschaft gerecht werden kann. Zu Recht blickt angesichts der Ungerechtigkeiten ein Großteil der hiesigen Unternehmen mit komplettem Unverständnis auf dieses Vorhaben. Unbenommen ist dabei, dass sich einzelne Branchen und ihre Tarifpartner selbst für branchenspezifische Lösungen entscheiden können. Auf keinen Fall sollte jedoch eine branchenübergreifende Umlage eingeführt werden, die

als pauschale Strafmaßnahme für die gesamte Berliner Wirtschaft zu verstehen ist und die Besonderheiten der hiesigen Wirtschaftsstruktur außer Acht lässt.

Es ist nicht die Aufgabe der Wirtschaft, Versäumnisse der Bildungspolitik auszugleichen – dennoch übernehmen wir Verantwortung: Viele Betriebe bieten ihren Azubis Nachhilfe an, viele engagieren sich in Nachvermittlungsaktionen und unterstützen mit Praktika Jugendliche bei der Berufsorientierung.

Wir bitten Sie nachdrücklich, die Verantwortung der Berliner Unternehmen für ihre Stadt insgesamt zu würdigen und die Wirtschaft nicht in „gut“ oder „schlecht“ einzusortieren, die man entweder „bestrafen“ oder „belohnen“ müsse. Stellen Sie dieses Gesetzesvorhaben mit all seinen Auswirkungen auf den Prüfstand und lassen Sie uns stattdessen gemeinsam das Potenzial unserer jungen Menschen entfalten – durch echte Ausbildungsplätze, praxisnahe Förderung und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik. Statt einer völlig unnötigen Belastung benötigen wir gebündelte Kräfte für bessere Schulbildung, intensivere Berufsorientierung und passgenaues Matching zwischen jungen Menschen und Unternehmen. Wir sehen, dass die Schülerinnen und Schüler genau diese Hilfe in turbulenten Zeiten schon während ihrer Laufbahn und mit Abgang von der Schule brauchen. Eine Ausbildungsplatzumlage bringt keine Lösungen, wo Feingefühl für die jungen Menschen Berlins gefragt ist.

Setzen Sie auf Dialog statt Bürokratie, auf Qualität statt Strafe. Sichern Sie die Zukunft Berlins durch echte Ausbildungsmöglichkeiten, nicht durch künstliche Quoten.

JA zur Ausbildung – NEIN zur Ausbildungsplatzumlage – für eine starke Wirtschaft, motivierte Auszubildende und eine Stadt, die zusammenhält.

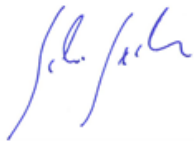
Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Stietzel
Präsident
IHK Berlin



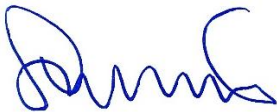
Carola Zarth
Präsidentin
Handwerkskammer Berlin



Dipl.-Ing. Sascha Gresitza
Präsident
Fachgemeinschaft Bau



Franziska Teubert
Geschäftsführerin
Bundesverband Deutsche Startups e.V.



Stefan Moschko
Präsident
UVB Berlin-Brandenburg



Iva Wolter
Präsidentin
Verband Freie Berufe